

ECHO

LANGENHAGENER



60. Jahrgang / Nr. 47 · Sonnabend, 21. November 2009

für ein schönes
Wochenende

Tel. (05 11) 72 80 80 · Fax 7 28 08 17

„Ein Armutszeugnis für die Stadt“

Schließung der Jugendtreffs: Stadtverwaltung spürt reichlich Gegenwind

Langenhagen (he). „Aufgrund einer haushaltssichernden Maßnahme der gesamten Stadtverwaltung ist der Betrieb in unseren Einrichtungen zum Ende des Jahres eingeschränkt. Unser Jugendtreff bleibt vom 30. November bis zum 10. Januar geschlossen.“ Mit diesen dünnen Worten weist der städtische Fachdienst Kinder und Jugend an den Türen aller städtischen Jugendtreffs auf eine Verwaltungsentscheidung hin, die bereits für reichlich Wirbel gesorgt hat. Auch der folgende Hinweis „In dringenden Fällen und bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung“ dürfte kaum ausreichen die Wogen zu glätten.

„Ich hätte erwartet, dass die Stadtverwaltung ein solch weitreichendes und einschneidendes Thema im zuständigen Jugendhilfeausschuss darstellt“, sagt Marco Brunotte, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Langenhagen und jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Rat, verärgert. „Das ist aber leider nicht geschehen.“ Er habe erst aus der Zeitung von der Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung erfahren.

„Das ist ein Armutszeugnis für die Stadt Langenhagen“, schimpft auch Mirko Heuer, CDU-Fraktionsvorsitzender. „Wir diskutieren im Jugendhilfeausschuss über einen interkulturellen Erlebnispark für 880.000 Euro und sind nicht in der Lage, ein Angebot für Jugendliche das gesamte Jahr lang anzubieten?“ Marco



Verriegelt und verrammelt: Ende dieses Monats schließt auch der Jugendtreff Godshorn für sechs Wochen seine Türen. Ein Schild an der Tür weist auf die Schließzeit hin.

Brunotte bedauert, dass durch das Vorgehen der Verwaltung eine Diskussion über mögliche Alternativen und die tatsächliche Notwendigkeit der Maßnahme nicht geführt werden konnte. „Ich bezweifle den genannten Einspareffekt von 30.000 Euro“, so der Sozialdemokrat. Auch wenn es, wie die Verwaltung erklärt habe, im Rahmen der Einsparbemühungen keine grundsätzlichen Tabus geben dürfe, sei mit der Schließung der Jugend-

treffs ganz klar eine Grenze überschritten worden. Gerade in den kommenden, kalten und dunklen Monaten sei ein flächendeckendes Angebot an betreuten Anlaufpunkten für Kinder und Jugendliche wichtig: „Sie dürfen nicht die Ersten sein, die die schwierige Haushaltslage in Langenhagen zu spüren bekommen.“

Brunotte hat jetzt beantragt, das Thema auf die Tagesordnung des Jugendhilfeausschusses am

30. November zu setzen: „Ich gehe davon aus, dass das letzte Wort in Sachen Schließung der Langenhagener Jugendtreffs über die Weihnachtszeit noch nicht gesprochen ist.“

Der Christdemokrat Mirko Heuer kann dem nur zustimmen: „Ich fordere Sie auf, umgehend die Mittel zur Verfügung zu stellen, um den Betrieb wieder aufzunehmen“, wendete er sich in dieser Woche direkt an Bürgermeister Friedhelm Fischer. **Weiter auf Seite 3**

Stadt verteidigt die Schließung

Alle Fachbereiche sollen rund 20 Prozent einsparen

Fortsetzung von Seite 1

Bernd Niebuhr vom Bürgermeisterbüro kann die Verärgerung auf Seiten der Politik nur begrenzt nachvollziehen: „Über die geplanten Einsparungen wurde in der Jugendhilfeausschusssitzung am 28. Mai ausführlich berichtet, was auch im Protokoll nachzulesen ist“, teilte er auf Anfrage mit. Niebuhr verweist auf die im ersten Quartal dieses Jahres an alle städtischen Fachbereiche ergangene Aufforderung, bis zum Jahresende 20 Prozent der nicht durch Gesetz oder Verträge gebundenen Haushaltsmittel einzusparen. Im Fachbereich Jugend, Familie und Soziales sei diese Vorgabe besonders schwer zu erfüllen, da dieser Bereich überwiegend gesetzlich geforderte Leistungen erbringe.

„So hat sich der Fachbereich für den Verzicht auf die Großveranstaltung ‘Winterglanz’ und die frühzeitige Schließung der Jugendtreffs ausgesprochen, um ei-

nen größeren Betrag an Honorar- und Sachkosten einsparen zu können“, erklärt Niebuhr. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen seien bereits seit längerer Zeit auf die Einschnitte vorbereitet worden.

Niebuhr weist weiter auf die Schwierigkeiten in der Planung für den Jahresetat des Jugendamtes hin: Die notwendige Einrichtung neuer Kitagruppen oder unerwartet viele Fälle von Heimunterbringung könnten den Etat sprengen; in diesem Fall bemühe sich der Fachbereich darum an den Stellen einzusparen, an denen die Folgen am erträglichsten seien.

Mirko Heuer findet diese Erklärung ganz und gar unbefriedigend: Während der Sommerpause etwa sei genug Zeit gewesen, klärende Gespräche zu führen um eine weniger einschneidende Lösung zu finden; außerdem habe die Verwaltung mit ihrer Entscheidung den politischen Willen

ignoriert. Exemplarisch nennt Heuer hier den KidsClub, der einmal wöchentlich in den Jugendtreffs angeboten wird, und für den auf CDU-Antrag im Jahr 2008 mehr Geld bewilligt wurde – auch dieses Angebot wird für sechs Wochen ausgesetzt.

Die beschlossene sechswöchige Schließzeit zurückzunehmen sei wohl kaum mehr möglich, bedauert Mirko Heuer weiter: Die frühzeitig informierten Honorarkräfte der Jugendpflege hätten sich bereits andere Tätigkeiten gesucht und stünden für die Zeit zwischen dem 30. November und dem 10. Januar nicht mehr zur Verfügung.

„Die Kolleginnen und Kollegen der Jugendpflege werden die erweiterte Schließzeit gut nutzen um die Kinder- und Jugendangebote im Jahr 2010 vorzubereiten“, erklärt dagegen Bernd Niebuhr.

Im Normalfall schließen die städtischen Jugendtreffs rund um Weihnachten für drei Wochen.